

Zeitung

Sünfundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise:

Die Halle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, durch die Post monatlich 8,25 Mark, die halbjährlich 24,75 Mark einjährig 30,00 Mark. Bestellungen werden von allen Kassenpostämtern angenommen. Im amtlichen Zeitungsvorzeichnis unter Code-Zeitung eingetragen. Für Inserenten eingegangene Monatspreise sind keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Genehmigung der „Zeitung“ gestattet. Verleger: Dr. Christian Schmidt, 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103 u. 1133, der Zeitung-Abt. Nr. 1133.

Anzeigenpreise:

Die 6 halbpalmen 34 mm breite Mittelzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 60 Pf., Anzeigen die 22 mm breite Mittelzeile 2,50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen, a. sämtliche Anzeigenstellen, Erfüllungsort: Halle. Erhalten täglich 2 mal, Sonntag und Montag 1 mal. Geschäftsstellen und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Dr. Braubauerstr. 7, Neben-Geschäftsstellen: Große Wilschstraße 52 und Markt 24, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4509.

Nr. 194.

Halle, Mittwoch den 27. April 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Was nun?

Die Beurteilung der gegenwärtigen politischen Lage, wie sie durch die deutschen Vorschläge des Dr. Simons an Amerika geschaffen worden ist, ist nur von drei Gesichtspunkten aus möglich. Das sind: Die Aufgabe in Deutschland selbst, das Echo in Amerika und die Beurteilung in Frankreich und den mit ihm verbundenen Ländern. Diese Gesichtspunkte sind sehr verschieden.

Bei uns in Deutschland wollen manche Kreise immer noch nicht einsehen, daß der Verzweiflungskampf um die materielle Lebensinteressen nicht mit Wuchtmitteln und Trug, sondern nur dann gewonnen werden kann, wenn in der ganzen Welt endlich die menschliche Gerechtigkeit als höchste Stufe der Moral über den materiellen Egoismus der Völker steigt, die sich heute als Sieger über uns fühlen und Erfüllung papierener Verpflichtungen heißen, deren Anerkennung uns mit vorgehaltenem Revolver erpreßt worden ist. Dr. Simons hat das nochmal in seiner Erklärung Reichstagsrede wiederholt und man hatte den Eindruck, als ob er damit wenigstens die Zustimmung der Kreise gewonnen hätte, die für einen Blod der Mitte von der Deutschen Volkspartei bis zur Mehrheitssozialdemokratie in Betracht kommen und als solcher das tragende Fundament für neue zielbewußte Außenpolitik abgeben können. Im Anschluß an die geistige Reichstagsagung fand eine gemeinsame Besprechung der Regierungsparteien statt, in der beschlossen wurde, heute eine gemeinsame Erklärung zu der Rede des Reichsministers Dr. Simons abzugeben. In der Erklärung wurde dem „L.A.“ zufolge zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung sich bei ihrer Aktion auch weiter auf die Koalitionsparteien stützen könne. Bei den beiden sozialistischen Parteien hat nach den Versicherungen der Mitglieder die Rede des Außenministers einen günstigen Eindruck gemacht, während die Deutschnationalen ihr gegenüber völlig ablehnend verhalten.

Die Aktion der Deutschnationalen wird möglicherweise die Stellung der deutschen Regierung gegenüber dem Ausland erleichtern, da ja besonders in Frankreich immer noch die stärkste Anspannung herrscht, daß die Haltung der deutschen Regierung immer noch von den nationalistischen Elementen bestimmt wird. Für die doch der französische Ministerpräsident Briand in seiner geführten Pariser Rede aus, daß die deutsche Regierung unter dem Einfluß von Parteien stehe, die bei einem gewissen Lehensbeginn eine Revue ihrer Führer abnehmen. Diese Parteien müßten zur Wirklichkeit zurückgeführt werden. Diese wichtige französische Anspannung wird natürlich erst heraus, wenn wir mit Frankreich überhaupt auf eine Einigungsbasis kommen wollen. Und dazu kann a. auch die Apposition der Deutschnationalen gegen die deutschen Vorschläge helfen.

Ueber das Echo in Amerika ist zur Stunde noch nicht viel Neues bekannt. Nach Empfang der deutschen Gegen-Vorschläge haben sich auf Einladung Hughes hin die Vorschläge Frankreichs, Englands, Italiens und Japans ins Staatsdepartement begeben. Die alliierten Diplomaten wurden davon in Kenntnis gesetzt, daß die Vereinigten Staaten zuerst die Ansicht der alliierten Vorschläge bezüglich der deutschen Gegen-Vorschläge hören wollten, bevor sie Deutschland antworteten.

Das Hollandische News Bureau veröffentlicht ein Telegramm aus New York, in dem es heißt, daß die deutschen Vorschläge in Washington allerdings noch nicht offiziell bekanntgegeben wurden. Die Vorschläge hätten einen sehr guten Eindruck gemacht und an der Börse sofort einen Aufschwung zur Folge gehabt. Auch in amerikanischen politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß nun endlich die Frage der deutschen Verpflichtungen eine endgültige Regelung erfahren könne.

Ueber die Beurteilung in Frankreich konnte man sich wohl noch vornehmen klar sein. Man ist es ja in Paris längst nicht mehr gewöhnt, irgend einen Vorschlag zu lesen oder gar zu prüfen. Man lehnt es ipso facto ab, was uns angehört und konstruiert sich hinterher irgendwelche Gründe dafür. So meinet Hoover. Die ausländischen französischen Kreise erklärten, die neuen Vorschläge Deutschlands, wie sie jetzt durch ein Staatstelegramm bekannt geworden sind, seien so offensichtlich ein Annehmendes. Das Staatsministerium des Außen ist am liebsten von diesen Vorschlägen noch nicht in Kenntnis gesetzt worden, da seine Unt-Lage für eine föderliche Wiederannahme der Verhandlungen geboten werde, die von der deutschen Regierung zur Reparationsgewinnung abgegebenen Zahlen teils nicht durchaus unmöglich, da sie mindestens um 100 Milliarden hinter der Summe des Pariser Abkommens zurückblieben, die als Wiederaufbau zu betrachten ist.

Wesentlich anders stehen die Engländer darüber zu denken. Die Haltung der englischen Blätter ist abwartend. „Daily Chronicle“ bezeichnet die neue deutsche Note an die Vereinigten Staaten als ein weitwärtiger und mögliches Dokument als die vorherige. Das Blatt schreibt, man könne keine Meinung über die Annehmbarkeit der deutschen Vorschläge abgeben, bevor sie eingehend geprüft worden seien. „Daily Chronicle“ zufolge sei es jedoch klar, daß die

drohende Gefahr einer Besetzung des Ruhrgebietes bei Deutschland das herorstreue, was bisher als Appell an die Vernunft und das Gerechtigkeitsgefühl Deutschlands nicht zuhandeln gebracht hätten. Wenn Deutschland dies Angebot jetzt machen könnte, dann hätte es das gleiche ebenbürtig schon vor Monaten machen können. Es sei wirklich denkbar, daß das nicht geschehen sei und daß Deutschland erst von neuem den Nachweis führe, daß Gewalt das eigentliche Argument sei, das es anführe.

Diese Bemerkung der alten Deutschhasslerin braucht man nicht allzutreffend zu nehmen, denn sie stimmt nicht. Ein Vergleich der neuen Vorschläge mit dem Londoner Angebot würde ihr zeigen, daß der Kern der gleiche und nur die Fassung und Form eine andere geworden ist, damit unsere Gegner besser lapieren, was wir wollen. Wir werden nun ein paar Tage in Geduld abwarten müssen, was weiter wird. Der Stein ist im Rollen.

Kein Inkrafttreten der Sanktionen bis zur Beendigung der neuen Konferenz.

In London rechnet man damit, daß die am Sonnabend zusammengetretene Konferenz über den 1. Mai hinaus andauern wird. Obwohl während dieser Zeit die Vorbereitungen für die Belegung des Ruhrgebietes fortgesetzt werden sollen, wird bereits als feststehend betrachtet, daß das Inkrafttreten der weiteren Sanktionen bis zum Schluß der Konferenz hinausgeschoben wird. Sollten die deutschen Gegen-Vorschläge eine annehmbare Verhandlungsbasis bilden, so werden die neuen Sanktionen bis zur Entscheidung der Entente über die deutschen Gegen-Vorschläge aufgeschoben. Lord George hat sich bereits für diesen Anschub der Sanktionen erklärt, und es wird angenommen, daß auch Briand dem englischen Standpunkt nachgeben sich genötigt sehen wird.

Die deutschen Angebote für den Wiederaufbau.

Bei der Ministerbegegnung in Ligny war die Rede vom dem Angebot der deutschen Regierung zur Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Nach dem Bericht der französischen Presse hat Ministerpräsident Briand Lord George erklärt, daß Deutschland bisher keine Materialien für den Wiederaufbau geliefert habe.

Demgegenüber muß auf Grund amtlichen Materials festgestellt werden, daß der Wiedergutmachungskommission für die alliierten und assoziierten Regierungen von der Kriegsklassenkommission feste Angebote auf Wiedergutmachungsleistungen im Gesamtbetrag von 11½ Milliarden Mark gemacht worden waren. Darunter befanden sich Baumaterialien, wie Zement, Holz, Dachziegel, Fenster, Türen, ferner Möbel, sowie die verschiedenartigen Maschinen für Gaswerke, Industrielle und landwirtschaftliche Unternehmen usw. Wenn von diesen Materialien nur ein relativ geringer Teil geliefert werden konnte, so liegt das daran, daß die alliierten und assoziierten Regierungen von diesem Angebot nur in geringem Umfange Gebrauch gemacht haben.

Nitti über den Wiederaufbau.

Nitti richtete einen Brief an seine Wähler, in dem er sich bereit erklärt, an dem Werk des Wiederaufbaus mitzuwirken, selbst wenn es von seinen Gegnern geleitet werde. Zugleich verbürgt er die Arbeit seines Kabinetts. In Besprechung der auswärtigen Politik hebt er hervor, daß Italien an keinem System von Bündnissen teilhabe und abgesehen von den Bestimmungen der Friedensverträge in seinen Bewegungen frei sei. Es sei gerecht, daß die Kriegsverantwortung für den Krieg hätten, wieder gutgemacht werden, aber jede Entschädigung sei unmöglich, wenn die besiegten Länder ihr Wirtschaftleben nicht in voller Unabhängigkeit entwickeln könnten und wenn die Schadenersatzforderungen die Leistungsfähigkeit übersteigen. In der Wiedergutmachungsfrage wie bei der Anwendung der Friedensverträge müßte man mit den Vereinigten Staaten handeln, nicht allein, weil diese einen mächtigen Faktor des Sieges bildeten, sondern auch, weil sie eine Macht des Wiederaufbaus sein könnten und sein müßten. Nitti erklärt sich als aufrichtiger Freund Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten und spricht sich gegen die Anerkennung der Moskauer Regierung aus.

Der Friedensschluß mit Amerika.

Es scheint so, als ob die Vereinigten Staaten von Nordamerika jetzt endlich Ernst mit dem Friedensschluß machen wollten. Bisher haben sie offensichtlich Rücksicht darauf genommen, vor allem Frankreich nicht vor den Kopf zu stoßen. Jetzt, wo die amerikanische Vermittlung den Franzosen, die nicht ganz von Gott verlassen sind, zweckmäßig erscheint, beginnt man im amerikanischen Repräsentantenhaushaus zu handeln. Der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten hat zwei neue Entschlüsselungen eingebracht, die sich eng an den Wortlaut der Vorschläge des Präsidenten Franklin anlehnen. Das ist also Amerika selbst, das seine Sonderrechte und läßt im übrigen dem Präsidenten Harten ein volles freies Spiel, einen Friedensvertrag abzuschließen. Es wird natürlich die Reparationsfrage, sofern sie jetzt zum Abschluß kommt, als eine res judicata erklären, und im übrigen eine Form wählen, die sich möglichst wenig auf die Einzelheiten des Pariser Friedensvertrages verpflichtet, ohne jedoch diese Einzelheiten etwa für Amerika nicht anzuer-

kennen. Im übrigen liegt natürlich der Vorteil für Deutschland nach einem Friedensschluß mit Amerika darin, daß die Union in den einzelnen Ausschüssen, vor allem in der Reparationskommission, ihre Vertretung geltend machen wird, wodurch der französische Einfluß zurückgedrängt werden wird. Das ist jetzt nicht sehr viel, aber in dieser so reichlich unvernünftig gewordenen Welt doch immerhin etwas.

Eine Rede Briands.

Briand fuhr fort: Demgegenüber nehme Frankreich seine Lust in dem Gedanken, sofort Reparationen zu erhalten. Es tut dies nur gestützt durch den schärfsten Willen seines Schuldners, um ihn zu zwingen, seiner Unterdrückung Ehre zu erweisen. Es will auch nicht dem Lande schwere Lasten auferlegen. Es greift zu diesem Mittel, nachdem alle anderen erschöpft waren. Diese Zwangsmittel werden ein moralisches und ein materielles Ergebnis haben; das moralische begreift man, wenn man die deutsche Presse liest, und wenn man weiß, daß man es mit einer schwachen Regierung zu tun hat, die nicht über alle Verhandlungsmöglichkeiten verfügt. Die Großindustrie, die Hoffmann, die die Weltgenossen besitzt, leidet nach Briand nicht die deutsche Politik. Briand ist der Ansicht, daß wenn diese Welt über die gerechte Lage unterrichtet werden würden, man einen Schritt zur Ausbesserung des Vertrages weiter gekommen sei. Briand begrüßt es, daß Lord George gestern im Unterhause erklärt habe, daß wenn Deutschland nicht Vorschläge unterbreiten würde, die von den Alliierten angenommen werden könnten, das Ruhrgebiet besetzt werden würde. Der französische Standpunkt werde von der englischen Regierung verteidigt werden, die sich auf die Operationen beteiligen werde. Er habe mit Vergnügen gesehen, daß diese letzten Worte von der ungeheuren Mehrheit mit Beifall aufgenommen worden seien. Es handle sich nun darum, daß am 30. April genügende Vorschläge vorhanden seien. Andre Lefevre rufft das mit: Und wir Garantien erhalten! Ministerpräsident Briand erwidert den Abgeordneten, nicht zu unterbreiten, das er keine Worte sagen müsse. Er fährt dann fort: Ich habe im Senat und hier in diesen Worten ausgesprochen, wie wir die deutschen Vorschläge interpretieren wollen, damit jedermann weiß, wenn Deutschland Vorschläge vorlegt in ihrer Absicht, eine Auseinandersetzung mit den Sachverständigen anzuknüpfen, um antworten zu können: Nein! Zuerst wird es heißen: Sicherheiten. Darauf haben wir mehr als jeder andere Anspruch. Wir befinden uns in der Notwendigkeit, für unsere eigene Sicherheit selbst sorgen zu müssen, denn wir haben mit Deutschland eine gemeinsame Grenze. Wir wissen durch den Ton der Presse, daß Deutschland sich weigert, unter den Vorbedingungen die Enttarnung vorzunehmen, und warum Deutschland sich weigert hat, die militärischen Organisationen nach Ablauf der Fristen anzuknüpfen, denn das kann die Lage im Westen ändern. Die Enttarnung hängt nicht von finanziellen Unmöglichkeiten ab, sondern lediglich von guten Willen. Die Tatsache, daß dieser Wille nicht gezeigt hat, macht uns zur Pflicht, zu erklären, daß Deutschland schiedens Willens ist. Ich habe die verantwortliche Ehre, die französische Regierung zu vertreten. Ich bin konsilient, aber ich will nicht der brutalen Tatsache die fälligen Zahlungen zu leisten. Alles das muß Ende April in Betracht gezogen werden, und es sei ferner, daß er bei den Alliierten nicht die geringsten Schwankungen feststellen werde, wenn es sich darum handle, den Franzosen die Mittel zu geben, die sich bereit machen, eine Sicherheit zu gewährleisten. Das dürfte man mit Nachdruck verlangen, und er sei davon überzeugt, daß man nicht nur Zustimmung, sondern auch die Unterstützung der Alliierten (die Briand demnach also bis jetzt noch nicht hat, D. Red.) erlangen werde. Im Vertrauen darauf werde die Regierung zu den Verhandlungen am 30. April gehen. Gestützt auf dieses Vertrauen hat die Regierung mit den Verbündeten sich ins Einvernehmen gesetzt. Unter den gegenwärtigen Umständen werde er sich nach den Anweisungen richten, die er gegeben habe, und er hoffe, daß die Kammer der Regierung das Vertrauen nicht entziehen werde.

Abg. Fardieu verlangte, die Regierung zu interpretieren. — Ministerpräsident Briand erwidert, er habe alles gesagt, was zu sagen sei. Ohne die den Alliierten schuldige Rücksicht zu verlieren, könne er nicht darüber hinausgehen. Ein Mitglied der Kammer habe immer das Recht, man ihm das Wort zu verlangen, aber eine Interpretation ist es nicht. — Abg. Fardieu: Es handelt sich jetzt darum, der Regierung kein zweideutiges Vertrauen zu schenken. Man muß wissen, ob die Regierung tatsächlich gewillt ist, den Friedensvertrag von Versailles und nicht das Angebot von Briand anzunehmen, wie es englische Verträge verlangen. Sollte dies in der Kammer keine Mehrheit finden, um mir zu folgen, so kann man sicher sein, daß sich im Lande eine solche Weisheit finden wird. — Lefevre billigt die Erklärungen Briands, behauptet aber, daß Deutschland sich verpflichtet habe, die Kriegsentschädigungen zu zahlen. — Abg. Mandel wirft Briand vor, behauptet zu haben, der Vertrag von Versailles sei undurchführbar. — Briand erwidert, er habe erklärt, der Vertrag von Versailles sei nur unter den Bedingungen ausführbar, daß eine vollständige Wiederherstellung der Kammer durch den Alliierten Vertrag; dies andere habe er nicht gesagt. Die sofortige Beantwortung der Interpellation werden verweigert. Die Kammer müsse ihr Urteil abgeben. — Fardieu beharrt auf der sofortigen Debatte, worauf die Regierung die Verzögerung auf einen späteren Zeitpunkt verlangt.

